

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 01/005/2020

Kreisausschuss am 08.06.2020

Zu Punkt 9: Einrichtung eines Kreisjugendrates

Landrat Hendele erklärt, dass die Satzung in dieser Form am 14.05.2020 von der Interfraktionellen Runde befürwortet worden sei.

KA Köster-Flashar lobt die künftige Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeit der Jugendlichen und wird daher der Vorlage zustimmen.

Auf die Nachfrage von KA Kuchler, ob die mit den Jugendlichen zusammenarbeitenden Verwaltungsmitarbeiter eine spezielle Schulung bezogen auf die erforderliche Sozialkompetenz erhalten werden, sagt Herr Schlüter, dass das Kreistagsbüro unter anderem im Rahmen der Ausbildereignung pädagogisch und methodisch geschult worden sei. Sollte sich bei der Arbeit mit den Jugendlichen dennoch herausstellen, dass darüberhinausgehender Schulungsbedarf bestehe, können infolgedessen weitere Maßnahmen ergriffen werden.

Auf die Aussage von KA Kuchler, dass auch die kooperierende Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendforum wichtig sei, betont KA Völker, dass seine Fraktion bereits vor längerer Zeit darauf hingewiesen habe, dass die Jugendlichen bereits in anderen Formen organisiert seien. Primär gelte nun, dass sich zunächst der Kreisjugendrat organisiere und seine Arbeit starte.

KA Müller macht deutlich, dass er die vorliegende Satzung begrüße, die FDP-Fraktion allerdings noch weitergehende Rechte der Jugendlichen befürwortet hätte.

Abschließend weist Landrat Hendele auf einen aktuell eingegangenen Antrag der Gruppe PIRATEN hin, welcher beinhaltet, dass die Sitzungen des Kreisjugendrates und seiner Arbeitsgruppen ebenfalls digital durchgeführt werden können.

Aufgrund der vollumfänglichen Zustimmung aller anwesenden Fraktionen, kündigt Landrat Hendele eine entsprechende Ergänzungsvorlage für die Beschlussfassung im Kreistag am 22.06.2020 an.

Beschlussvorschlag:

Die Satzung des Jugendrates des Kreises Mettmann (Kreisjugendrat) in der Fassung der Anlage wird beschlossen.

Den Vertreterinnen und Vertretern des Kreisjugendrates wird das Recht eingeräumt, in öffentlichen Fachausschusssitzungen zu Beratungsgegenständen Stellung zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen